



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Bildungs-, Kultur- und Sportkommission
vom: 7. Oktober 2015
zur Vorlage Nr.: [2015-074](#)
Titel: **Bericht zum Postulat [2013-028](#) von Martin Rüegg und Kons., betreffend Einführung von «Staatskunde und Politik» an den Schulen der Sekundarstufe II**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2015/074

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Bericht zum Postulat 2013/028 von Martin Rüegg und Kons., betreffend Einführung von «Staatskunde und Politik» an den Schulen der Sekundarstufe II

Vom 7. Oktober 2015

1. Ausgangslage

Martin Rüegg und Kons. beauftragen mit dem Postulat [2013/028](#) den Regierungsrat, die Einführung von „Staatskunde und Politik“ auf der Sekundarstufe II zu prüfen und dem Landrat zu berichten. Der Staatskunde-Unterricht im Fach Geschichte sei, so die Postulanten, ungenügend. Der wiederholten Forderung nach verbesserter politischer Bildung von Jugendlichen wurde bisher nicht nachgekommen. Das Postulat wurde am 10. April 2014 stillschweigend an die Regierung überwiesen.

Die Regierung teilt die Einschätzung der Postulanten, dass die politische Bildung an den Schulen der Sekundarstufe II zu wenig systematisch erfolgt. Die Einführung eines eigenen Fachs „Staatskunde und Politik“ wird aus pädagogischer Sicht, aufgrund der starken Aufsplitterung der Stundentafel und aus finanziellen Gründen abgelehnt. Vorgesehen sind Lösungen, die innerhalb der bestehenden bzw. zu beschliessenden Stundentafel umgesetzt werden können. Möglich wären der Einbezug in einen schulspezifischen „Pool“ oder die stärkere Berücksichtigung in den Lehrplänen der Fächer Geschichte und Wirtschaft und Recht. Im Bereich der berufsbildenden Schulen ist die politische Bildung auf der Sekundarstufe II vom Bund explizit definiert. Als Fazit wird die Schulleitungskonferenz der Gymnasien durch den Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion eingeladen, die politische Bildung an den Gymnasien zu fördern und dem Bildungsrat die Umsetzung im ersten Quartal 2016 zu präsentieren. Von einer Anpassung der Stundentafeln wird abgesehen.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission beriet die Vorlage an ihrer Sitzung vom 17. September 2015 im Beisein von Regierungsrätin Monica Gschwind. Isidor Huber, Rektor des Gymnasiums Laufen, stellte die Vorlage vor.

2.1.1 Eintreten

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

2.2. Detailberatung

Die Kommissionsmitglieder finden die Beantwortung des Postulats nicht ausreichend. Die vorgestellten Lösungsansätze sind für die Kommission zu wenig verbindlich, womit die politische Bildung nicht gewährleistet ist. Die Einführung eines eigenen Fachs wird grossmehrheitlich nicht gefordert. Die Kommission wünscht sich aber, dass konkrete und verbindliche Vorschläge zur Integration von „Staatskunde und Politik“ gemacht werden. RR Monica Gschwind erklärt sich mit diesem Wunsch einverstanden.

Die Kommission beschliesst, das Postulat nicht abzuschreiben und ergänzt den Landratsbeschluss um folgenden Punkt:

«Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Landrat detaillierter zur politischen Bildung an den Gymnasien zu berichten und aufzuzeigen, welche Lösungen aktuell umsetzbar sind.»

3. Antrag an den Landrat

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat einstimmig, mit 11:0 Stimmen, gemäss Entwurf des veränderten Landratsbeschlusses zu entscheiden

7. Oktober 2015

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Christoph Hänggi, Präsident

Beilage/n

- Landratsbeschluss (von der Kommission geändert)

Landratsbeschluss

Betreffend Bericht zum Postulat 2013/028 von Martin Rüegg und Kons., betreffend Einführung von «Staatskunde und Politik» an den Schulen der Sekundarstufe II

Vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Das Postulat 2013/028 wird nicht abgeschrieben.
2. Der Regierungsrat wird eingeladen, dem Landrat detaillierter zur politischen Bildung an den Gymnasien zu berichten und aufzuzeigen, welche Lösungen aktuell umsetzbar sind.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Der Präsident:

Der Landschreiber: